

II-6790 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3401/J

1992-07-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Apfelbeck, Dr. Partik-Pablé  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Schaffung eines Informationsblattes für Opfer  
strafbarer Handlungen

Im Tätigkeitsbericht 1990 hat der Rechnungshof anlässlich der Überprüfung der Bundespolizeidirektion Wiener Neustadt (Ansatz 7; Seite 7) festgestellt, daß in der Dienststelle zwar ein Informationsblatt für Festgenommene aufliege, nicht jedoch "für Bürger, die Opfer einer strafbaren Handlung geworden waren". Nach Ansicht des Rechnungshofes wären "die Opfer von Straftaten zumindest in gleicher Weise über ihre Rechte bzw. Ansprüche zu unterrichten gewesen".

Das Bundesministerium für Inneres ist der Auffassung des Rechnungshofes beigetreten und hat hierauf in Aussicht gestellt, daß "in Zusammenarbeit mit anderen Stellen" entsprechende Schritte eingeleitet werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wurde im Sinne der Empfehlung des Rechnungshofes bereits ein Informationsblatt für Bürger, die Opfer einer strafbaren Handlung geworden sind, ausgearbeitet bzw. den einzelnen Dienststellen übermittelt und, wenn nein, warum nicht?

2. Wenn ja:

a) Welche Hinweise sind in diesem Informationsblatt enthalten?

b) Welchen Dienststellen wurde dieses Informationsblatt übermittelt?